

Prof. Dr. Christian Huber

Lehrstuhl für Bürgerliches Recht

Wirtschaftsrecht und Arbeitsrecht



**Aktuelles Thema
„Beendigung von Verträgen“
Wintersemester 2019/2020**

WS 2019/2020

Aktuelles Thema „Beendigung von Verträgen“

Prof. Dr. Christian Huber

1. Inhalt und Ziel des „Aktuellen Themas“

Im Rahmen des „Aktuellen Themas“ sollen aktuelle Fragen zum Thema „Beendigung von Verträgen“ rechtswissenschaftlich analysiert und diskutiert werden. Den Teilnehmern soll ein vertiefendes Verständnis zu aktuellen Fragen der Beendigung von Verträgen vermittelt werden. Die Teilnehmer bearbeiten und beantworten dabei das Ihnen zugewiesene Thema eigenständig und präsentieren ihre Ergebnisse zunächst in Form einer wissenschaftlichen Hausarbeit. Zusätzlich werden die themenspezifischen Ergebnisse als Referat in der Gruppe bei der Vorbesprechung und in einem Kolloquium präsentiert und diskutiert. Abschließend wird eine Klausur geschrieben.

Das Modul setzt sich demnach aus der Erarbeitung einer wissenschaftlichen Hausarbeit sowie der Erstellung und Präsentation eines Referats inkl. der (aktiven) Teilnahme an der Diskussion über die Referate bei Zwischenbesprechung und Kolloquium sowie der Teilnahme an einer Klausur zusammen. **Bei der Vor- und Zwischenbesprechung sowie dem Kolloquium und der Klausur besteht Anwesenheitspflicht.** Neben der themenspezifisch vorgegebenen Einstiegsliteratur ist eine eigenständige Literatursuche durchzuführen.

2. Teilnehmerkreis und Voraussetzungen

Das Seminar richtet sich an Studierende der Masterstudiengänge Wirtschaftswissenschaften, Betriebswirtschaftslehre und Wirtschaftsingenieurwesen (alle Fachrichtungen). Die Zuordnung zu den jeweiligen Vertiefungsrichtungen/Blöcken entnehmen Sie bitte Ihrer Prüfungsordnung bzw. dem Campus Management System. Maximal können 15 Teilnehmer(innen) zugelassen werden. Die Unterrichtssprache ist deutsch. Eine Teilnahme setzt Kenntnisse der Vorlesung Privatrecht an der RWTH oder gleichwertige Kenntnisse voraus. Zusätzlich wird eine 1 ½-stündige Einführung in die rechtswissenschaftliche Literaturrecherche angeboten. Die Teilnahme ist freiwillig, wird aber dringend empfohlen.

3. Organisatorischer Ablauf und Termine

Jedem Studierenden wird eines der 15 Themen zugewiesen. Er/sie bearbeitet die darin enthaltenen Rechtsfragen selbstständig. Jedem Studierenden steht eine Betreuungsperson (wissenschaftlicher Mitarbeiter/wissenschaftliche Mitarbeiterin) zur Seite. Diese stehen während der gesamten Bearbeitungsphase zur Verfügung, jedenfalls während ihrer wöchentlichen Sprechstunde. Während der Bearbeitungszeit ist ein vorläufiger Gliederungsentwurf samt Literatur- und Judikaturverzeichnis zu erstellen. Anschließend ist eine schriftliche Hausarbeit, die 25.000 bis 30.000 Zeichen einschließlich Fußnoten und Leerzeichen umfassen soll, zu erstellen und abzugeben. Im Anschluss erarbeiten die Studierenden einen Vortrag und präsentieren darin ihre Ergebnisse. Die Bewertung der Hausarbeit sowie des mündlichen Vortrags und der Klausur erfolgt durch die Lehrstuhlleitung.

Das Seminar ist anwesenheitspflichtig!

Prüfen Sie bitte vor einer Anmeldung, ob Sie an den im Folgenden angegebenen Terminen teilnehmen können.

Ablauf

Weitere aktuelle Informationen zum Organisationsablauf werden ab Erfassung der Teilnehmer im Lernraum bekanntgegeben.

Vorbesprechung (Pflichtveranstaltung, Präsenztermin)	Mittwoch, 09.10.2019, 10.30 Uhr - 12.00 Uhr im Seminarraum 011 (im IWM, Augustinerbach 4)
Einführung in die rechts- wissenschaftliche Literaturrecherche	Donnerstag, 10.10.2019, 15.00 Uhr – 16.30 Uhr Raum 214.1, Hauptgebäude, Templergaben 55
Einführung in die rechts- wissenschaftliche Literaturrecherche	Freitag, 11.10.2019, 15.00 Uhr – 16.30 Uhr im Raum 214.1, Hauptgebäude, Templergaben 55
Einreichen einer Grobgliederung samt Literatur- und Judikaturverzeichnis zum jeweiligen Thema	bis spätestens Mittwoch, 30.10.2019, 11.00 Uhr per E-Mail an den jeweiligen Betreuer

<p>Zwischenbesprechung (erste Prüfungsleistung und daher Pflichtveranstaltung) mit den jeweiligen Referaten findet statt am</p>	<p>Mittwoch, 27.11.2019, 09.30 Uhr - 17.00 Uhr und Donnerstag, 28.11.2019, 09.30 Uhr – 17.00 Uhr jeweils im Seminarraum 011 (im IWM, Augustinerbach 4)</p>
<p>Abgabe der ersten schriftlichen Fassung der Hausarbeit im Sekretariat des Lehrstuhls ausgedruckt und per E-Mail als Word-Dokument</p>	<p>bis spätestens Montag, 02.12.2019, 11.00 Uhr</p>
<p>Es erfolgt eine erste Beurteilung der Hausarbeit (ohne Benotung) durch die betreuenden Assistenten/-innen. Durch individuelle Hinweise wird den Teilnehmer/-innen die Möglichkeit zur Überarbeitung ihrer Arbeiten geboten.</p>	<p>Rückmeldung bis Freitag, 13.12.2019 in Absprache mit jeweiligem Betreuer</p>
<p>Die endgültige überarbeitete Fassung der Hausarbeit ist im Sekretariat des Lehrstuhls ausgedruckt und per Mail als Word-Dokument abzugeben bis</p>	<p>Donnerstag, 02.01.2020, bis 11.00 Uhr</p>
<p>Die PowerPoint-Folien für den Vortrag sowie eine 2-seitige Zusammenfassung der Schwerpunkte des Themas sind per E-Mail an den jeweiligen Betreuer einzureichen bis</p>	<p>Freitag, 03.01.2020, 11.00 Uhr</p>
<p>Kolloquium (Pflichtveranstaltung)</p>	<p>Mittwoch, 08.01.2020, 09.30 – 17.00 Uhr und Donnerstag, 09.01.2020, 9.30 Uhr - 17:00 Uhr jeweils im Seminarraum 011 (im IWM, Augustinerbach 4)</p>
<p>Die Klausur findet im Anschluss an die Präsentationen statt am</p>	<p>Donnerstag, 09.01.2020 im Seminarraum 011 voraussichtlich ab 17:15 Uhr (im Seminarraum 011 IWM, Augustinerbach 4)</p>
<p>Die Notenbekanntgabe erfolgt im Sekretariat persönlich, spätestens am</p>	<p>Montag, 27.01.2020</p>

4. Prüfungsleistungen

Die Prüfungsleistungen werden wie folgt gewichtet:

- 10 % Referat (Zwischenbesprechung)
- 45 % Hausarbeit
- 25 % Referat (Kolloquium)
- 10 % Beteiligung an der Diskussion
- 10 % Klausur

Die schriftliche Hausarbeit sollte 25.000 – 30.000 Zeichen einschließlich Fußnoten und Leerzeichen nicht überschreiten. Für die Fachvorträge sind 25 bis 35 Minuten vorgesehen.

5. Abwesenheitsregelung (Modulspezifische Information)

Es besteht Anwesenheitspflicht bei allen angegebenen Pflichtveranstaltungen. Die Abwesenheit ist nur durch ein ärztliches Attest entschuldbar.

6. Anmeldung zur Veranstaltung

Der Anmeldeprozess für teilnehmerbeschränkte WiWi-Module wird wie gewohnt über ORsign stattfinden. Aktuelle Informationen inklusive Fristen finden Sie voraussichtlich ab Anfang September auf der Webseite:

<http://www.wiwi.rwth-aachen.de/cms/Wirtschaftswissenschaften/Studium/Kontakt/Studien-und-Pruefungsmanagement/~giok/Teilnehmerbeschaenkte-WiWi-Module/>

Die Themenliste können Sie unter Angabe von themenspezifischer Literatur und Judikatur ab **16.09.2019** auf der Webseite des Lehrstuhls unter www.privatrecht.rwth-aachen.de abrufen sowie im Schaukasten des Lehrstuhls einsehen. Sie können Ihre **Themenwahl** vom **04.10.2019 bis zum 07.10.2019 um 12.00 Uhr** folgendermaßen treffen:

Jede/r Teilnehmer/in hat mittels einer E-Mail an schultess@privatrecht.rwth-aachen.de drei Präferenzen bekannt zu geben, beispielsweise „1. Wahl: Thema 3, 2. Wahl: Thema 10, 3. Wahl: Thema 7“. Die **Angabe von Matrikel-Nr. und Studiengang** ist zwingend erforderlich. Die Themen werden den eingegangenen Wünschen entsprechend vergeben. Bei einer Konkurrenzsituation ist die zeitliche Priorität des Eintreffens der E-Mail maßgeblich. Wie beim Grundbuch gilt das Prioritätsprinzip. Sollten alle gewählten Themen bereits vergeben sein, wird ein Thema durch den Lehrstuhl zugewiesen.

Gleichzeitig mit der Themenwahl findet die **Anmeldung zur Veranstaltung „Einführung in die rechtswissenschaftliche Literaturrecherche“** statt. Wir bitten Sie, Ihren bevorzugten Termin, zusammen mit der Themenwahl anzugeben.

7. Themen und Einstiegsliteratur

Verwiesen wird auf die aktuelle Literatur zu den Vorlesungen Privatrecht, Arbeitsrecht, Kapitalgesellschaftsrecht, Absatz und Beschaffung sowie Anbahnung, Gestaltung und Abwicklung von Verträgen, abrufbar unter:

<http://www.privatrecht.rwth-aachen.de/cms/Privatrecht/Studium/~enqr/Lehre/>

Folgende Bücher/Kommentare/Zeitschriften sind im Internet bei der *beck-eBibliothek*, *beck-online* bzw. *juris* abrufbar:

Allgemeine Einstiegsliteratur in Beck-eBibliothek (alphabetisch):

- *Brox, Hans/Walker, Wolf-Dietrich*, Allgemeines Schuldrecht, 43. Auflage 2019, C.H. Beck
- *Brox, Hans/Walker, Wolf-Dietrich*, Besonderes Schuldrecht, 43. Auflage 2019, C.H. Beck
- *Köhler, Helmut*, BGB Allgemeiner Teil, 42. Auflage 2018, C.H. Beck
- *Medicus, Dieter/Lorenz, Stephan*, Schuldrecht II Besonderer Teil, 18. Auflage 2018, C.H. Beck
- *Musielak, Hans-Joachim/Hau, Wolfgang*, Grundkurs BGB, 15. Auflage 2017, C.H. Beck
- *Rüthers, Bernd/Stadler, Astrid*, Allgemeiner Teil des BGB, 19. Auflage 2017, C.H. Beck
- *Wandt, Manfred*, Gesetzliche Schuldverhältnisse, 9. Auflage 2019, Vahlen

Themenspezifische Einstiegsliteratur in Beck-eBibliothek:

- *Brox, Hans/Henssler, Martin*, Handelsrecht, 22. Auflage 2016, C.H. Beck
- *Dütz, Wilhelm/Thüsing, Gregor*, Arbeitsrecht, 23. Auflage 2018, C.H. Beck
- *Foerste, Ulrich*, Insolvenzrecht, 7. Auflage 2018, C.H. Beck
- *Hakenberg, Waltraud*, Europarecht, 8. Auflage 2018, Vahlen
- *Jung, Peter*, Handelsrecht, 11. Auflage 2016, C.H. Beck
- *Kindler, Peter*, Grundkurs Handels- und Gesellschaftsrecht, 9. Auflage 2019, C.H. Beck
- *Waltermann, Raimund*, Arbeitsrecht, 19. Auflage 2018, Vahlen

Beck-online:

Kommentare und Handbücher

- beck-online Großkommentar zum BGB (BeckOGK BGB), Stand: 01.06.2019
- beck-online Kommentar zum BGB (Beck OK BGB), 50. Edition, Stand: 01.05.2019
- beck-online Kommentar zum HGB (Beck OK HGB), 24. Edition, Stand: 15.04.2019
- Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht, 19. Auflage 2019, C.H. Beck
- *Jauernig, Othmar*, Kommentar zum BGB, 17. Auflage 2018, C.H. Beck

- *Hannemann, Thomas/Wiegner, Michael*, Münchener Anwaltshandbuch Mietrecht, 5. Auflage 2019, C.H. Beck
- Münchener Kommentar zum BGB, Band 1, §§ 1-240 BGB, 8. Auflage 2018, C.H. Beck
- Münchener Kommentar zum BGB, Band 2, §§ 241-310 BGB, 8. Auflage 2019, C.H. Beck
- Münchener Kommentar zum BGB, Band 3, §§ 311-432 BGB, 8. Auflage 2019, C.H. Beck
- Münchener Kommentar zum BGB, Band 3a, §§ 433-534 BGB, 8. Auflage, 2019, C.H. Beck
- Münchener Kommentar zum BGB, Band 4, §§ 535-630 BGB, 7. Auflage, 2016, C.H. Beck
- Münchener Kommentar zum BGB, Band 5/1, §§ 631-651 BGB, 7. Auflage 2018, C.H. Beck
- Münchener Kommentar zum BGB, Band 5/2, §§ 651a-704 BGB, 7. Auflage 2017, C.H. Beck
- Münchener Kommentar zum HGB, Band 1, §§ 1 - 104 HGB, 4. Auflage 2016, C.H. Beck

Zeitschriften

- Arbeitsrecht Aktuell, ArbRAktuell
- Deutsches Autorecht, DAR
- Der Sachverständige, DS
- Europäische ZS für Wirtschaftsrecht, EuZW
- Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht, GWR
- Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, GRUR
- Juristische Arbeitsblätter, JA (mit Passwort)
- Juristische Schulung, JuS (mit Passwort)
- Lindenmaier-Möhring – Kommentierte BGH-Rechtsprechung, LMK
- MultiMedia und Recht, MMR
- Neue Juristische Online-Zeitschrift, NJOZ
- Neue Juristische Wochenschrift, NJW
- Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht, NZA
- Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht, NZBau
- Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht, NZG
- Neue Zeitschrift für Insolvenz- und Sanierungsrecht, NZI
- Neue ZS für Miet- und Wohnungsrecht, NZM
- Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht, NZV
- Recht der Arbeit, RdA
- recht und schaden, r + s
- Rheinische Notar-Zeitschrift, RNotZ
- Straßenverkehrsrecht, SVR
- Verbraucher und Recht, VuR

- Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft, ZfPW
- Zeitschrift für Europäisches Privatrecht, ZEuP
- Zeitschrift Immobilien & Baurecht, IBR
- Zeitschrift für das gesamte Recht der Energiewirtschaft, EnWZ
- Zeitschrift für das Notariat in Baden-Württemberg, BWNotZ
- Zeitschrift für Vertriebsrecht, ZVertriebsR
- Zeitschrift für Wirtschaftsrecht, ZIP
- Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht, WM

Entscheidungssammlungen:

- Beck-Rechtsprechung, BeckRS
- NJW Rechtsprechungsreport Zivilrecht, NJW-RR
- NZA Rechtsprechungsreport Arbeitsrecht, NZA-RR

Juris:

Kommentare

- Erman, Kommentar zum BGB, 15. Auflage 2017, Verlag Dr. Otto Schmidt (mit Passwort)
- Juris PraxisKommentar zum BGB, 8. Auflage 2017 (mit Passwort)
- *Staudinger*, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Verlag de Gruyter (mit Passwort)

Zeitschriften

- Monatsschrift für Deutsches Recht, MDR (mit Passwort)

Jurion:

- Zeitschrift für die Anwaltspraxis, ZAP (mit Passwort)

RWTH Hochschulbibliothek:

- Betriebs-Berater, BB
- Juristenzeitung, JZ (mit Passwort)

Nur in Print am Lehrstuhl bzw. online mit persönlichem Passwort verfügbar:

- Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht, EWiR
- Juristische Ausbildung, JURA
- Wirtschaftsrechtliche Beratung, WiB
- Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht, ZInsO
- Zeitschrift für Wirtschaftsrecht, ZIP

Thema 1

(Betreuerin: Frau Lucia Wolf, E-Mail: wolf@privatrecht.rwth-aachen.de, Tel.: 0241/80 99402, Mi., 13:30-17:30 Uhr, Do.-Fr., 08:30-17:15 Uhr)

Einleitung und Überblick I: Beendigung von Zielschuldverhältnissen

Für das **Zustandekommen** eines Zielschuldverhältnisses bedarf es eines Vertrages zwischen (mindestens) zwei Personen. Die sog. Gestaltungsrechte ermöglichen den Beteiligten, jedes Schuldverhältnis zu **beenden** und **rückabzuwickeln**. Die Bearbeitung soll mit einer Charakterisierung des Zielschuldverhältnisses **in Abgrenzung zum Dauerschuldverhältnis** beginnen. Sodann soll auf die Beendigung des Schuldverhältnisses aufgrund der Ausübung eines Gestaltungsrechts, der **Anfechtung** (§§ 119 ff., 142 f. BGB), der **Kündigung** und des **Rücktritts** (vertraglich vereinbart oder §§ 323 ff. BGB), eingegangen werden.

Die Gestaltungsrechte sind von **Forderungsrechten** abzugrenzen. Der Bearbeiter soll durch Fallbeispiele auf die **Störungen bei der Willensbildung** und **bei der Abwicklung von Verträgen** eingehen. Als Schwerpunkt der Bearbeitung ist die unterschiedliche Wirkung (**ex tunc** oder **ex nunc**) der einzelnen Gestaltungsrechte herauszuarbeiten und darzustellen, was dies für die Rückabwicklung bedeutet. Dies soll anhand der Gestaltungsrechte der **Anfechtung** und des **Rücktritts** dargestellt werden. Im Rahmen der Anfechtung sollen die Anfechtungsgründe (**Irrtum, Drohung** sowie **Täuschung**) dargestellt werden. Im Rahmen der Ausführungen zum Rücktritt ist ein solcher **im Fall des Verzugs** und der **Sachmängelgewährleistung** darzustellen.

Der Bearbeiter soll auf das **Zug-um-Zug-Prinzip** eingehen, das jedes Rückabwicklungsschuldverhältnisses prägt. Des Weiteren soll der Fall der **nachträglichen Unmöglichkeit** und ihrer **Folgen** untersucht werden, unter anderem die Leistungsbefreiung des Schuldners und die mögliche Gegenleistungsbefreiung des Gläubigers. Zudem sind **sonstige Ansprüche und Rechtsfolgen neben der Rückabwicklung**, insbesondere der **Schadensersatz** (§ 325 BGB) darzustellen.

Literatur und Rechtsprechung:

Lehrbücher

- *Brox, Hans/Walker, Wolf-Dietrich*, Allgemeines Schuldrecht, 43. Aufl. 2019, C.H. Beck, § 18 Rn. 1-10, 16-21, 33, § 22 Rn. 3-17, 29-48, § 24 Rn. 27-34
- *Hirsch, Christoph*, Schuldrecht Allgemeiner Teil, 11. Aufl. 2018, Nomos, Rn. 267-294, 634-649, 670-706
- *Köhler, Helmut*, BGB Allgemeiner Teil, C.H.Beck, 42. Aufl. 2018, § 7 Rn. 37-48a, 49-58, 78-79
- *Looschelders, Dirk*, Schuldrecht Besonderer Teil, 14. Aufl. 2019, Verlag Vahlen, § 4 Rn. 29-48, § 8 Rn. 1-6

- *Medicus, Dieter/Lorenz, Stephan*, Schuldrecht I Allgemeiner Teil, 21. Aufl. 2015, C.H. Beck, § 27 Rn. 332 ff, § 34, Rn. 403, 418-420, § 35 Rn. 428-431
- *Musielak, Hans-Joachim/Hau, Wolfgang*, Grundkurs BGB, 15. Aufl. 2017, C.H. Beck, Rn. 307-311, 358-444, 633-647, 685-707
- *Stadler, Astrid*, Allgemeiner Teil des BGB, 19. Aufl. 2017, C.H. Beck, § 25, Rn. 23-38, 61-68, 72, 74-83, 84-89, 92

Aufsätze

- *Conrad, Christian*, Die bereicherungsrechtliche Rückabwicklung nach Anfechtung wegen arglistiger Täuschung (§ 123 I Var. 1 BGB), JuS 2009, 397
- *Cziupka, Johannes*, Die Irrtumsgründe des § 119 BGB, JuS 2009, 887
- *Freitag, Robert*, Rechtsfolgen der Unmöglichkeit und Unzumutbarkeit der Leistung, NJW 2014, 113
- *Musielak, Hans-Joachim*, Die Anfechtung einer Willenserklärung wegen Irrtums, JuS 2014, 491
- *Ring, Gerhard*, Rücktrittsrecht vom Fahrzeugkaufvertrag im VW-Abgasskandal, SVR 2017, 441
- *Temming, Felipe*, Zur Reform des § 323 BGB durch die Verbraucherrechterichtlinie, JA 2018, 1
- *Wiese, Volker/Hauser, Paul*, Empfangene Leistungen i.S. des § 346 BGB und Gefahrübergang, JuS 2011, 301

Entscheidungen

- BGH, Urteil vom 9.5.2018 – VIII ZR 26/17, JA 2018, 784 (*Looschelders*), Wirksam erklärte Minderung schließt Rückabwicklung des Kaufvertrags im Rahmen des großen Schadensersatzes bzw. aufgrund Rücktritts aus
- BGH, Urteil vom 30.6.2017 – V ZR 134/16, JuS 2018, 708 (*Schwab*), Verhältnis zwischen Nutzungsersatzanspruch des Verkäufers und Schadensersatzanspruch des Käufers beim Rücktritt vom Vertrag
- BGH, Urteil vom 4.12.2015 – V ZR 142/14, JuS 2016, 739 (*Riehm*), Ausschluss der Anfechtungsmöglichkeit nach Bestätigung eines zunächst anfechtbaren Rechtsgeschäfts
- BGH, Urteil vom 15.4.2015 – VIII ZR 80/14, JA 2016, 228 (*Looschelders*), Loslösung von einem Kaufvertrag über ein nicht verkehrssicheres Fahrzeug durch Anfechtung bzw. Rücktritt
- BGH, Beschluss vom 21.9.2011 – IV ZR 38/09, NJW 2012, 296, Unwirksamkeit eines im Voraus vereinbarten Ausschlusses des Anfechtungsrechts wegen arglistiger Täuschung

Thema 2

(Betreuerin: Frau Lucia Wolf, E-Mail: wolf@privatrecht.rwth-aachen.de, Tel.: 0241/80 99402, Mi., 13:30-17:30 Uhr, Do.-Fr., 08:30-17:15 Uhr)

Einleitung und Überblick II: Widerrufsrecht des Verbrauchers bei Verbraucherverträgen

Bei den Verträgen zwischen einem **Unternehmer** und einem **Verbraucher** nimmt der Unternehmer bei der Ausgestaltung des Vertragsinhalts typischerweise eine übergeordnete Stellung ein. Zum Schutz des Verbrauchers gibt es verschiedene Regelungen, die als **einseitig zwingendes Recht** nicht vom Unternehmer abgedungen werden können – allen voran das **Widerrufsrecht** bei bestimmten **Verbraucherverträgen**.

Bei der Bearbeitung ist einleitend auf die **europäische Dimension des Verbraucherschutzes** einzugehen. In diesem Zusammenhang soll auf **die Umsetzung von Richtlinien** und **deren innerstaatliche Bedeutsamkeit** eingegangen werden sowie auf die unterschiedlichen Zielsetzungen der **Mindest- und Vollharmonisierung** vor dem Hintergrund des bei der Verwirklichung des europäischen **Binnenmarktes** zu erreichenden **Verbraucherschutzes**.

Als Schwerpunkt der Bearbeitung sollen **die besondere Gefahrensituationen für den Verbraucher** und im Weiteren die **Gründe für seine besondere Schutzbedürftigkeit** dargestellt werden. Den Verträgen, die typischerweise einer solchen Gefahrensituation unterfallen und bei denen ein Verbraucherwiderrufsrecht besteht, sind die Verträge gegenüberzustellen, die hiervon nicht betroffen sind. Insbesondere ist auf die **besonderen Vertriebsformen** einzugehen wie **Vertragsschlüsse außerhalb der Geschäftsräumlichkeiten** und **Fernabsatzverträge**.

Als weiterer Schwerpunkt sollen die Einzelheiten der **Widerrufsausübung** dargestellt werden. Auszuführen ist, dass es sich hierbei um ein **Gestaltungsrecht** handelt, dessen Ausübung innerhalb einer bestimmten **Frist** zu geschehen hat, deren Länge unter anderem von der wirksamen Widerrufsbelehrung seitens des Unternehmers abhängt. Als abschließender Schwerpunkt ist auf die **Rechtsfolgen des Widerrufs für die Rückabwicklung** einzugehen, insbesondere auf die Pflicht zur Tragung von **Rücksendekosten** durch den Unternehmer, die **Gefahrtragung** der Sache bei der Rücksendung und den **Wertersatz für die erfolgte Benutzung** durch den Verbraucher.

Literatur und Rechtsprechung:

Lehrbücher/Handbücher/Kommentare

- *Brox, Hans/Walker, Wolf-Dietrich*, Allgemeines Schuldrecht, 43. Auflage 2019, C.H. Beck, § 19 Rn. 2-4, 7-43

- *Hakenberg, Waltraud*, Europarecht, 8. Aufl. 2018, Vahlen, Rn. 220, 226-235, 248-261, 737-742, 758-773
- *Hirsch, Christoph*, Schuldrecht Allgemeiner Teil, 11. Aufl. 2018, Nomos, Rn. 314-369
- *Medicus, Dieter/Lorenz, Stephan*, Schuldrecht I Allgemeiner Teil, 21. Aufl. 2015, C.H. Beck, § 48 Rn. 616-618, 621-642
- *Micklitz/Rott in: Dausen/Ludwigs*, Handbuch des EU-Wirtschaftsrechts Werkstand, 47. EL März 2019, H.V. Rn. 41-43, 144-178, 179-245, 254, 322-325
- *Stadler, Astrid*, in: Jauernig Kommentar zum BGB, 17. Aufl. 2018, C.H.Beck, § 355 Rn. 1-12, § 356 Rn. 1-9, § 357 Rn. 1-13

Aufsätze

- *Ehmann, Timo/ Forster, Jens*, Umsetzung der Verbraucherrechterichtlinie – Teil 1: Der neue „allgemeine Teil“ des Verbraucherschutzrechts, GWR 2014, 163
- *Ehmann Timo/Hohlweger, Claas*, Umsetzung der Verbraucherrechterichtlinie – Teil 2: Das neue Widerrufsrecht, GWR 2014, 211
- *Förster, Christian*, Die Umsetzung der Verbraucherrechterichtlinie in §§ 312 ff. BGB – Eine systematische Darstellung für Studium und Examen – Teil I, JA 2014, 721
- *Förster, Christian*, Die Umsetzung der Verbraucherrechterichtlinie in §§ 312 ff. BGB – Eine systematische Darstellung für Studium und Examen – Teil II, JA 2014, 801
- *Tonner, Klaus*, Die Umsetzung der Verbraucherrechterichtlinie – Auswirkungen der Vollharmonisierung, VuR 2014, 23
- *Wendehorst, Christiane*, Das neue Gesetz zur Umsetzung der Verbraucherrechterichtlinie, NJW 2014, 577

Entscheidungen

- EuGH, Urteil vom 27.3.2019 – C-681/17, NJW 2019, 1507 (*Singbartl*), Widerrufsrecht bei Onlinekauf einer Matratze auch bei Entfernen der Schutzfolie nach Lieferung
- BGH, Urteil vom 27.2.2018 – XI ZR 160/17, NJW 2018, 1387, Anforderungen an eine Widerrufsbelehrung, insbesondere zum Beginn der Widerrufsfrist
- BGH, Urteil vom 25.11.2009 - VIII ZR 318/08, BGHZ 183, 235 = JuS 2010, 442 (*Möller*), Widerrufsrecht des Verbrauchers besteht auch dann, wenn der entsprechende Fernabsatzvertrag wegen Sittenwidrigkeit nichtig ist
- BGH, Urteil vom 30.9. 2009 - VIII ZR 7/09, JA 2010, 748 (*Stadtler*), Zur Verbrauchereigenschaft im Fernabsatz
- OLG Hamm, Urteil vom 30.11.2017 – 4 U 88/17, ZVertriebsR 2018, 94, Irreführung des Verbrauchers durch widersprüchliche Angaben in Widerrufsbelehrung und Widerrufsformular

Thema 3

(Betreuerin: Frau Julia Oidtmann, E-Mail: oidtmann@privatrecht.rwth-aachen.de,
Tel: 0241/80 99401, Mo.-Mi., Fr., 08:30-17:15 Uhr)

Einleitung und Überblick III: Beendigung von Dauerschuldverhältnissen

Bei vertraglichen Schuldverhältnissen wird zwischen Dauer- und Zielschuldverhältnissen unterschieden. Ein Dauerschuldverhältnis, bei dem eine dauernde oder wiederkehrende Leistung geschuldet wird, ist der **Gegenbegriff zum Zielschuldverhältnis** (bspw. Kauf-, Tausch-, Schenkungs- oder Werkvertrag). Bei letzterem wird die Erbringung einer einmaligen Leistung geschuldet.

Neben der Erläuterung der **Wesensmerkmale** eines Dauerschuldverhältnisses soll zwischen **zeitlich befristeten und zeitlich unbefristeten Dauerschuldverhältnissen differenziert** werden. Weiterhin sollen die typischen Dauerschuldverhältnisse wie **Darlehensvertrag** (§ 488 BGB), **Mietvertrag** (§ 535 BGB), **Gesellschaftsvertrag**, **Absatzmittlervertrag [Handelsvertreter (§§ 84 ff. HGB), Vertragshändler, Franchisenehmer]** und **Arbeitsvertrag** (§ 611a BGB) dargestellt werden. Dabei soll der Bearbeiter auf die **Charakteristika dieser Verträge unter Beachtung** der allenfalls bestehenden **Besonderheiten beim Verbrauchergeschäft** eingehen.

Ferner ist ein besonderes Augenmerk auf die Beendigungsmöglichkeiten von Dauerschuldverhältnissen zu legen. Diese enden bei **Befristung durch Zeitablauf**, durch **einvernehmliche Beendigung** in Form eines **Aufhebungsvertrags** oder durch Kündigung. Bei der Kündigung handelt es sich um eine **einseitige Beendigung**. Die Besonderheiten der **ordentlichen und außerordentlichen Kündigung** sollen erörtert werden.

Literatur und Rechtsprechung:

Lehrbücher:

- *Brox, Hans/Walker, Wolf-Dietrich*, Allgemeines Schuldrecht, 43. Aufl. 2019, C.H. Beck, § 17 Rn. 13-25
- *Brox, Hans/Walker, Wolf-Dietrich*, Besonders Schuldrecht, 43. Aufl. 2019, C.H. Beck, § 17 Rn. 26-29, 30-35
- *Brox, Hans/Henssler, Martin*, Handelsrecht, 22. Aufl. 2016, C.H. Beck, § 13 Rn. 233a-248
- *Junker, Abbo*, Grundkurs Arbeitsrecht, 18. Aufl. 2019, C.H. Beck, § 6 Rn. 320-449
- *Medicus, Dieter/Lorenz, Stephan*, Schuldrecht I AT, 21. Aufl. 2015, C.H. Beck, § 46 Rn. 589-592

Aufsätze

- *Diekmann, Stefan/Lube, Sebastian*, Vorzeitige Beendigung eines „Fitnessstudiovertrages“, MDR 2016, 69
- *Flohr, Eckhard*, Grundsätze zur fristlosen Kündigung eines Franchise-Vertrages, ZVertriebsR 2018, 147
- *Fröhlich, Martin*, Praktische Probleme bei der einvernehmlichen Aufhebung von Handelsvertreterverträgen, ZVertriebsR 2018, 207
- *Stodolkowitz, Andreas*, Die außerordentliche Gesellschafterkündigung in der Personenhandelsgesellschaft, NZG 2011, 1327
- *Stürner, Michael*, Die Kündigung von Dauerschuldverhältnissen aus wichtigem Grund nach § 314 BGB, Jura 2016, 163

Entscheidungen

- BGH, Urteil vom 4.5.2016 – XII ZR 62/15, MDR 2016, 869, Außerordentliche Kündigung eines Fitnessstudiovertrages bei Wohnortwechsel
- BAG, Urteil vom 7.2.2019 – 6 AZR 75/18, NJW 2019, 1966 (*Bachmann/Ponßen*), Kein Widerruf des Aufhebungsvertrags – Verletzung des Gebots fairen Verhandeln
- OLG Stuttgart, Urteil vom 29.3.2017, 9 U 223/16, ZIP 2017, 1897 (*Rock/Contius*), Kündigung eines Verbraucherdarlehensvertrags wegen Vermögensverschlechterung auch ohne Zahlungsverzug
- OLG Dresden, Urteil vom 8.2.2017 – 5 U 1669/16, MDR 2017, 568, Kündigung eines Dauerschuldverhältnisses wegen Störung der Geschäftsgrundlage.
- OLG München, Urteil vom 14.10.2014 – 7 U 2604/13, ZVertriebsR 2015, 110 (*Flohr*), Fristlose Kündigung eines Franchisevertrags

Thema 4

(Betreuerin: Frau Julia Oidtmann, E-Mail: oidtmann@privatrecht.rwth-aachen.de,
Tel: 0241/8099-401, Mo.-Mi., Fr., 08:30-17:15 Uhr)

Zielschuldverhältnis I: Rückabwicklung nach Anfechtung wegen Irrtums, Drohung und Täuschung

Die Anfechtung (§§ 119 ff. BGB) ist ein Gestaltungsrecht, das bei wirksamer Ausübung zur Rückabwicklung des Vertrages führt. Unter Umständen ist die Anwendbarkeit der Anfechtung aufgrund vorrangiger Sonderregelungen jedoch ausgeschlossen. In diesem Zusammenhang soll der Bearbeiter das **Konkurrenzverhältnis zwischen den Sachmängelgewährleistungsrechten (§§ 437 ff. BGB) und einer Anfechtung aufgrund Eigenschaftsirrtum (§ 119 Abs. 2 BGB)** herausarbeiten.

Weiterhin ist ein Augenmerk auf die **Besonderheiten der Einflussnahme auf die Willensbildung eines Vertragspartners durch einen Dritten** zu legen. Rechtsfolge einer wirksamen Anfechtung ist die Rückabwicklung des Vertrages. Hieran anknüpfend soll eine **Unterscheidung zwischen Anfechtung und Rückabwicklung des Vertrages** (nach §§ 812 ff. BGB) erfolgen. Dabei sollen die jeweiligen **Fristen** und die **Gefahrtragung bei der Rückabwicklung** unter Bezugnahme auf die **Saldo- und Zwei-Konditionen-Theorie** dargestellt werden.

Ferner ist die Frage zu klären, wer gegenüber wem **sonstige Ansprüche bei der Anfechtung wegen Irrtums, Drohung und Täuschung** geltend machen kann. Auf **Schadensersatzansprüche** in diesem Zusammenhang ist besonders einzugehen.

Literatur und Rechtsprechung:

Lehrbücher

- *Brox, Hans/Walker, Wolf-Dietrich*, Besonderes Schuldrecht, 43. Aufl. 2019, C.H. Beck, § 4 Rn. 135-138
- *Grunewald, Barbara/Gernhuber, Joachim*, Bürgerliches Recht, 9. Aufl. 2014, C.H. Beck, § 3 Rn. 4-13
- *Köhler, Helmut*, BGB Allgemeiner Teil, 42. Aufl. 2018, C.H. Beck, § 7 Rn. 16-21, 38-48a, 49-58, 62, 63-67
- *Musielak, Hans-Joachim/Hau, Wolfgang*, Grundkurs BGB, 15. Aufl. 2017, C.H. Beck, § 5 Rn. 375-387, 338-401, 416-427, 428-435
- *Stadler, Astrid/Rüthers, Bernd*, Allgemeiner Teil des BGB, 19. Aufl. 2017, C.H. Beck, § 25 Rn. 46-52, 74-83, 84-89, 93

Aufsätze

- *Dötsch, Wolfgang*, Anfechtung wegen Eigenschaftsirrtum gem. § 119 II BGB im Mietrecht – Konkurrenz zum Gewährleistungsrecht?, NZM 2011, 457
- *Lorenz, Stephan*, Grundwissen – Zivilrecht: Die Saldotheorie, JuS 2017, 109
- *Musielak, Hans-Joachim*, Die Anfechtung einer Willenserklärung wegen Irrtums, JuS 2014, 583
- *Oechsler, Jürgen*, Rückabwicklung des Kaufvertrags gegenüber Fahrzeugherstellern im Abgasskandal, NJW 2017, 2865
- *Staudinger, Ansgar/Ewert, Thomas*, Täuschung durch den Verkäufer, JA 2010, 241

Entscheidungen

- BGH, Urteil vom 15.2.2017 – VIII ZR 59/16, NJW 2017, 1660 (*Sutschet*), Vertragsauslegung und Anfechtung bei Abweichung von eBay-Verkaufsregelwerk
- OLG Hamm, Urteil vom 15.8.2017 – 28 U 65/17, NJW-RR 2018, 180, Anfechtung des Pkw-Kaufvertrags wegen Software-Manipulation durch Hersteller
- LG Braunschweig, Urteil vom 27.9.2016 – 7 O 585/16, NJOZ 2017, 1194, Keine Anfechtung des Kaufvertrages über einen Diesel-PKW mit einem Motor des Typs EA 189
- LG München I, Urteil vom 17.5.2016 – 23 O 23033/15, DAR 2016, 389, Anfechtung des Kfz-Kaufvertrages auf Grund – vertraglich mit Kfz-Händler vereinbarter – unrichtiger Beschaffenheitsangaben des Kfz-Herstellers zum Stickstoffausstoß
- LG Bielefeld, Urteil vom 2.5.2016 – 3 O 318/15, NJW-RR 2017, 117, Anfechtung gegenüber Pkw-Händler wegen Manipulation der Elektronik durch Hersteller

Thema 5

(Betreuerin: Frau Julia Oidtmann, E-Mail: oidtmann@privatrecht.rwth-aachen.de,
Tel: 0241/8099-401, Mo.-Mi., Fr., 08:30-17:15 Uhr)

Zielschuldverhältnis II: Rückabwicklung nach Rücktritt bei Verzug

Bei Vorliegen eines Rücktrittgrundes kann nach fruchtlosem Ablauf einer angemessenen **Nachfrist unabhängig vom Verschulden** die Aufhebung des Kaufvertrages und die Rückabwicklung erbrachter Leistungen verlangt werden, wenn der Rücktritt nicht ausgeschlossen ist. Der Rücktrittsgrund kann vertraglicher oder gesetzlicher Natur sein. Treten bei der Leistungserbringung Verzögerungen auf, kommt der gesetzliche Rücktrittsgrund des § 323 Abs. 1 BGB in Betracht.

Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, dass sich die Rücktrittsvoraussetzungen bei Verzögerungen der Leistung modifizieren können. Dies ist dann der Fall, wenn die Vertragsparteien ein (relatives/absolutes) Fixgeschäft vereinbart haben. Hier sollen seitens des Bearbeiters die **Besonderheiten des Fixgeschäfts** herausarbeitet werden.

Da der Rücktritt als Gestaltungsrecht konzipiert ist, bedarf es für eine wirksame Ausübung ferner einer **Rücktrittserklärung** (§ 349 BGB). Rechtsfolge eines Rücktritts ist die **Rückgewähr** der **erbrachten Leistungen** (§ 346 Abs. 1 BGB). Im Übrigen ist gemäß § 346 Abs. 2 Nr. 1 – 3 BGB bei Beschädigung oder Untergang der herauszugebenden Sache **Wertersatz** zu leisten.

Bei Rückabwicklung des Vertrages soll der Bearbeiter die **Gefahrtragung** und die **Berechnung des Wertersatzes** darstellen. Ferner besteht bei Verletzung der Rückgewährpflicht aus § 346 Abs. 1 BGB ein **Schadensersatzanspruch**.

Literatur und Rechtsprechung:

Lehrbücher:

- *Brox, Hans/Walker, Wolf-Dietrich*, Schuldrecht Allgemeiner Teil, 43. Aufl. 2019, C.H. Beck, § 18 Rn. 11, 29-30, 22-28
- *Grunewald, Barbara/Gernhuber, Joachim*, Bürgerliches Recht, 9. Aufl. 2014, C.H. Beck, § 10 Rn. 15-16
- *Looschelders, Dirk*, Schuldrecht Allgemeiner Teil, 16. Aufl. 2018, Vahlen Verlag, § 33 Rn. 2-4, § 40 Rn. 10-26
- *Medicus, Dieter/Lorenz, Stephan*, Schuldrecht I Allgemeiner Teil, 21. Aufl. 2015, C.H. Beck, § 36 Rn. 494-495
- *Musielak, Hans-Joachim/Hau, Wolfgang*, Grundkurs BGB, 15. Aufl. 2017, C.H. Beck, § 6 Rn. 688-694

Aufsätze

- *Beck, Lukas*, Der Rücktritt vom Kfz-Kaufvertrag und seine prozessuale Durchführung, NJW 2018, 29
- *Lempp, Volker*, Geringfügigkeit als Ausschlussgrund für den Rücktritt gem. § 323 BGB, SVR 2016, 293
- *Lorenz, Stephan*, Grundwissen – Zivilrecht: Rechtsfolgen von Rücktritt und Widerruf, JuS 2011, 871
- *Schmitt, Ralph*, Die Änderungen beim Rücktrittsrecht nach § 323 BGB durch das Gesetz zur Umsetzung der Verbraucherrechterichtlinie, VuR 2014, 90
- *Wackerbarth, Ulrich*, Ermittlung des Nutzungswertersatzes nach Rücktritt vom Autokaufvertrag, NJW 2018, 1713

Entscheidungen

- BGH, Urteil vom 30.6.2017 – V ZR 134/16, MDR 2017, 1291 (*Markworth*), Nutzungsvorteile beim Rücktritt vom Kaufvertrag
- BGH, Urteil vom 9.4.2014 – VIII ZR 215/13, NJW 2014, 2435, Schätzung des Wertersatzes bei der Rückabwicklung eines Gebrauchtwagenkaufs
- BGH, Urteil vom 28.5.2009 – Xa 113/08, NJW 2009, 2743, Flug kein absolutes Fixgeschäft und Verspätung kein Sachmangel
- BGH, Urteil vom 19.11.2008 – VIII ZR 311/07, NJW 2009, 1068 (*Witt*), Berechnung des Wertersatzanspruchs nach Rücktritt vom Vertrag wegen Zahlungsverzugs
- OLG Stuttgart, Urteil vom 25.11.2011 – 3 U 173/11, NJW-RR 2012, 251, Gleichwertiger Deckungskauf bei verschiedenen Gebrauchtwagen

Thema 6

(Betreuer: Herr Paul Schultess, E-Mail: schultess@privatrecht.rwth-aachen.de,
Tel.: 0241/80 94296, Mo.-Do., 08:30-17:15 Uhr)

Zielschuldverhältnis III: Subsidiarität von Rücktritt und Minderung bei der Sachmängelgewährleistung bei Kauf- und Werkvertrag

Die §§ 437, 634 BGB listen die **Sachmängelgewährleistungsrechte** des Käufers bzw. des Bestellers auf. Beide Normen beginnen ihre Aufzählung mit dem **Nacherfüllungsanspruch** und bringen so bereits einen allgemeinen gewährleistungsrechtlichen Grundsatz zum Ausdruck: Den **Vorrang der Nacherfüllung** bzw. die **Subsidiarität** der anderen Rechtsbehelfe, insbesondere des Rücktritts und der Minderung.

Kommen dem Käufer/Besteller Gewährleistungsansprüche zu, können gerade diese Gestaltungsrechte nicht ohne weiteres ausgeübt werden. Voraussetzung ist vielmehr, dass der Käufer/Besteller zunächst eine fruchtlos abgelaufene **Frist zur Nacherfüllung** gesetzt hat. Einleitend soll der Bearbeiter diese Grundsätze des Sachmängelgewährleistungsrechts skizzieren.

Bereits an dieser Stelle – aber auch in der restlichen Bearbeitung – sind die **Parallelen** und **Unterschiede** im kauf- und werkvertraglichen Gewährleistungsrecht herauszuarbeiten. **Sinn und Zweck** der Nachfristsetzung sind darzustellen, um sodann aufzeigen zu können, bei welchen Mängeln eine Fristsetzung überhaupt in Betracht kommt bzw. wann eine Fristsetzung ausnahmsweise entbehrlich ist.

Hierbei soll auch auf den Fall des **Fehlschlags** bzw. der **Unzumutbarkeit** der Nacherfüllung (§§ 440, 636 BGB) eingegangen werden. Anhand von Rechtsprechungsbeispielen ist auszuführen, wie lang eine **angemessene Frist zur Nacherfüllung** zu bemessen ist. Aus der Gruppe der subsidiären Gewährleistungsrechte ist genauer auf die **Minderung** einzugehen. Es soll ergründet werden, ob sie sich als **ausschließlicher** bzw. **alternativer Rechtsbehelf** darstellt und inwiefern sie als **partieller Rücktritt** anzusehen ist. Ferner ist die **Berechnung der Minderung** zu erläutern.

Literatur und Rechtsprechung:

Lehrbücher:

- *Brox, Hans/Walker, Wolf-Dietrich*, Besonderes Schuldrecht, 43. Aufl. 2019, C.H. Beck, § 4 Rn. 41-41i, 49-67, 69, 70-78, § 24 Rn. 24 f., 28-38, 40-51

- *Emmerich, Volker*, BGB – Schuldrecht Besonderer Teil, 15. Aufl. 2018, C.F. Müller, § 5 Rn. 5-11, 16-22, § 10 Rn. 12-16
- *Hirsch, Christoph*, Schuldrecht Besonderer Teil, 5. Aufl. 2018, Nomos, Rn. 63-73, 89-93, 106-116, 141-151
- *Looschelders, Dirk*, Schuldrecht Besonderer Teil, 14. Aufl. 2019, Verlag Vahlen, § 4 Rn. 3-15, 25 f., 29-37, 49-51, § 34 Rn. 1-24
- *Medicus, Dieter/Lorenz, Stephan*, Schuldrecht II Besonderer Teil, 18. Aufl. 2018, C.H. Beck, § 5 Rn. 1-9, § 7 Rn. 3-25, 44-53, 64-70, § 37 Rn. 12-27

Aufsätze

- *Eichel, Florian*, Minderung und kleiner Schadensersatz im Kauf- und Werkrecht, JuS 2011, 1064
- *Gerlach, Jens/Manzke, Simon*, Kaufrecht und Werkvertragsrecht – ein systematischer Vergleich, JuS 2019, 426
- *Lorenz, Stephan/Stefan, Arnold*, Grundwissen – Zivilrecht: Der Nacherfüllungsanspruch, JuS 2014, 7
- *Stöber, Michael*, Das Verhältnis der Minderung zu Rücktritt und Schadensersatz im Kaufgewährleistungsrecht, NJW 2017, 2785
- *Stodolkowitz, Andreas*, Die Reichweite der Leistungspflicht des Verkäufers im Rahmen der Nacherfüllung, JA 2010, 492

Entscheidungen

- BGH, Urteil vom 24.10.2018 – VIII ZR 66/17, JA 2019, 149 (*Looschelders*), Grundsätze des Nacherfüllungsanspruches: Wahlrecht des Käufers eines abgasmanipulierten Autos zwischen Nachbesserung und Ersatzlieferung
- BGH, Urteil vom 26.10.2016 – VIII ZR 240/15, NJW 2017, 153 (*Mankowski*), Entbehrlichkeit der Fristsetzung zur Nacherfüllung bei verweigerter Mangelerforschung
- BGH, Urteil vom 13.7.2016 - VIII ZR 49/15, JuS 2017, 67 (*Schwab*), Anforderungen an die Nachfristsetzung und deren Entbehrlichkeit
- BGH, Urteil v. 1.7.2015 - VIII ZR 226/14, JA 2016, 385 (*Looschelders*), Rücktritt vom finanzierten Kauf und Anforderungen an das Nacherfüllungsverlangen des Käufers
- BGH, Urteil vom 19.12.2012 – VIII ZR 96/12, JA 2013, 785 (*Looschelders*), Voraussetzungen des Rücktritts bei wirtschaftlicher Unmöglichkeit der Nacherfüllung
- OLG Saarbrücken, Urteil vom 18.4.2013 – 4 U 52/1, JuS 2014, 358 (*Schwab*), Rechte des Käufers bei „Verschlimmbesserung“ der Kaufsache durch Nacherfüllung - Rücktritt ohne Gewährung eines zweiten Nachbesserungsversuchs

Thema 7

(Betreuer: Herr Paul Schultess, E-Mail: schultess@privatrecht.rwth-aachen.de,
Tel.: 0241/80 94296, Mo.-Do., 08:30-17:15 Uhr)

Zielschuldverhältnis IV: Kündigung beim Werkvertrag durch den Besteller

Das Werkvertragsrecht räumt den Parteien **besondere Kündigungsrechte** ein, die eine **vorzeitige Beendigung** des **Werkvertrages** ermöglichen. Die Bearbeitung soll mit einer knappen Charakterisierung des Werkvertrages beginnen, insbesondere in **Abgrenzung** zum Dienst- und Bauvertrag.

Der Schwerpunkt der Bearbeitung liegt auf der Darstellung der **Kündigungsrechte des Bestellers**. Anhand von Beispielen aus der Rechtsprechung soll verdeutlicht werden, dass eine Kündigung gem. § 648 S. 1 BGB bis zur Abnahme ohne Grund erfolgen kann, dies aber die Pflicht zur ganzen bzw. anteiligen **Vergütung** nicht beeinträchtigt. Die **Beweispflicht** des Unternehmers für seinen Vergütungsanspruch und die gesetzliche Vermutung des § 648 S. 3 BGB sind darzustellen.

Der Ausübung des allgemeinen Kündigungsrechts ist der besondere Fall des § 649 Abs. 1 BGB gegenüberzustellen, in welchem dem Werkvertrag ein **Kostenvoranschlag** zugrunde liegt und der Besteller wegen absehbarer Überschreitung desselben kündigt. Die unterschiedlichen **Voraussetzungen** und **Rechtsfolgen** zwischen der Kündigung nach § 648 S. 1 BGB und § 649 Abs. 1 BGB sind herauszuarbeiten.

Sodann sind die Kündigungsmöglichkeiten des **Unternehmers** darzustellen. Hier ist vor allem auf die spezielle Kündigungsmöglichkeit nach § 643 BGB einzugehen, welche nur dann besteht, wenn der Besteller eine spezifische **Mitwirkungspflicht** verletzt.

Die Möglichkeit der **Kündigung aus wichtigem Grund** (§ 648a BGB) kommt beiden Vertragsparteien zu. Anhand von Rechtsprechungsbeispielen ist darzustellen, welche praktische Bedeutung sie neben den speziellen Kündigungsmöglichkeiten hat – sowohl für den Besteller als auch für den Unternehmer.

Literatur und Rechtsprechung:

Lehrbücher:

- *Brox, Hans/Walker, Wolf-Dietrich*, Besonderes Schuldrecht, 43. Aufl. 2019, C.H. Beck, § 26, Rn. 1-12, § 27 1-14
- *Emmerich, Volker*, BGB – Schuldrecht Besonderer Teil, 15. Aufl. 2018, C.F. Müller, § 10 Rn. 1-4a, 20 f., 36-39, 41-47

- *Hirsch, Christoph*, Schuldrecht Besonderer Teil, 5. Aufl. 2018, Nomos, Rn. 468-482, 624-643
- *Looschelders, Dirk*, Schuldrecht Besonderer Teil, 14. Aufl. 2019, Verlag Vahlen, § 32 Rn. 1, 6-12, § 33 Rn. 1-30, § 35 Rn. 1-7
- *Medicus, Dieter/Lorenz, Stephan*, Schuldrecht II Besonderer Teil, 18. Aufl. 2018, C.H. Beck, § 34, Rn. 2-11, § 35 Rn. 26 f., § 38 Rn. 1-10, 18 f.

Aufsätze

- *Bitter, Georg/Rauhut, Tilman*, Vertragsdurchführungspflicht des Werkbestellers?, JZ 2007, 964
- *Ehlen, Tobias/Quarch, Benedikt*, Flugstornierungen durch den Passagier im deutschen Zivilrecht, NZV 2018, 117
- *Manteufel, Thomas*, Wechselseitige Kündigungen aus wichtigem Grund – welche hat Vorrang?, NJW 2018, 3683
- *Pioch, Christian*, Die Kündigung im Werkvertragsrecht, JA 2016, 414
- *Rudkowski, Lena*, Die vorzeitige Beendigung des Werkvertrages, JURA 2011, 567

Entscheidungen

- BGH, Urteil vom 20.3.2018 – X ZR 25/17, JuS 2019, 59 (*Schwab*), Freies Kündigungsrecht des Flugpassagiers nach § 648 BGB?
- BGH, Urteil vom 8.1.2015 – VII ZR 6/14, NJW-RR 2015, 469, Abrechnung eines gekündigten „Internet-Systemvertrags“
- BGH, Urteil vom 28.7.2011 – VII ZR 45/11, NJW-RR 2011, 1588, Vergütung nach freier Kündigung des Werkvertrags – Pauschale nur für nicht erbrachte Teilleistung
- BGH, Urteil vom 24.3.2011 – VII ZR 164/10, WM 2011, 1716, Jederzeitige Kündigungsmöglichkeit eines Werkvertrages, mit dem sich der Unternehmer zur Bereitstellung, Gestaltung und Betreuung einer Internetpräsenz verpflichtet hat
- OLG Düsseldorf, Urteil vom 27.4.2018 – 22 U 170/17, NJOZ 2019, 482, Vertragskündigung nach Verletzung der Mitwirkungspflicht des (bestellenden) Konzertveranstalters

Thema 8

(Betreuer: Herr Paul Schultess, E-Mail: schultess@privatrecht.rwth-aachen.de,
Tel.: 0241/80 94296, Mo.-Do., 08:30-17:15 Uhr)

Dauerschuldverhältnis I: Kündigung beim Wohnraummietvertrag

Wohnraummietverträge werden als **Dauerschuldverhältnisse** typischerweise durch Kündigung beendet. Sowohl dem Mieter als auch dem Vermieter kommen **unterschiedliche Kündigungsmöglichkeiten** zu, die hier vom Bearbeiter dar- und gegenüber gestellt werden sollen. Zu erläutern sind die allgemeinen Anforderungen an eine wirksame Kündigung, die einzuhaltende **Form** (§ 568 BGB), den **Inhalt** und die etwaig zu beachtenden **Kündigungsfristen** (§ 573c BGB) – stets mit Hervorhebung des jeweiligen **Normzwecks**.

Hieran anknüpfend ist darzustellen, warum die in § 549 Abs. 2 u. 3 BGB genannten Fälle der Wohnraummiete von der Anwendung des allgemeinen Wohnraummietrechts ausgenommen sind. Als inhaltlicher Schwerpunkt und unter Berücksichtigung aller relevanten Vorschriften ist der Fall der Kündigung durch den **Mieter** herauszustellen. Hier ist die ordentliche die **außerordentliche Kündigung** aus wichtigem Grund (§§ 543, 569 BGB) unter Einschluss der **außerordentlich befristeten Kündigung** (§ 573d BGB) zu erläutern.

Als zweiter Schwerpunkt sollen die Kündigungsmöglichkeiten des **Vermieters** analysiert werden. Die **erhöhten Anforderungen** an eine vermierterseitige ordentliche Kündigung sind aufzuarbeiten, insbesondere das Erfordernis eines **berechtigten Kündigungsinteresses**. In diesem Kontext ist primär auf die **Eigenbedarfskündigung** und ergänzend auf die Hinderung der **wirtschaftlichen Verwertung** der Mietsache einzugehen. Die Besonderheit des **Widerspruchsrecht** des Mieters (§ 574 BGB) und die Folgen eines wirksamen Widerspruches sind zu erläutern.

Ferner sollen auch die **ausnahmsweise erleichterten** Möglichkeiten des Vermieters zur ordentlichen Kündigung skizziert werden (§ 573a BGB). Im Rahmen der vermierterseitigen **außerordentlichen Kündigung** sind anhand von Rechtsprechungsbeispielen die einzelnen in Frage kommenden Kündigungsgründe vorzustellen, allen voran der **Zahlungsverzug** des Mieters.

Literatur und Rechtsprechung:

Lehrbücher/Handbücher

- *Brox, Hans/Walker, Wolf-Dietrich*, Besonderes Schuldrecht, 43. Aufl. 2019, C.H. Beck, § 13 Rn. 1-39

- *Hirsch, Christoph*, Schuldrecht Besonderer Teil, 5. Aufl. 2018, Nomos, Rn. 900-921, 929-944
- *Looschelders, Dirk*, Schuldrecht Besonderer Teil, 14. Aufl. 2019, Verlag Vahlen, § 22 Rn. 75-81, § 23 Rn. 29-43
- *Medicus, Dieter/Lorenz, Stephan*, Schuldrecht II Besonderer Teil, 18. Aufl. 2018, C.H. Beck, § 25 Rn. 12-32, 45-52
- *Oechsler, Jürgen*, Vertragliche Schuldverhältnisse, 2. Aufl. 2017, Mohr Siebeck, Rn. 883 f., 897-900, 983-1014

Aufsätze

- *Barudi, Malek*, Die Systematik der Kündigungsmöglichkeiten im Wohnraummietrecht, ZJS 2013, 9
- *Hinz, Werner*, Neue Akzente beim Eigenbedarf, NJW 2017, 3473
- *Löhnig, Martin/Gietl, Andreas*, Grundfälle zum Mietrecht, JuS 2011, 202
- *Mayer-Abich, Matthias*, Kündigungsrecht im Wandel, NZM 2017, 97
- *Milger, Karin*, Wertungswidersprüche zwischen fristloser und ordentlicher Kündigung wegen Zahlungsverzugs?, NZM 2013, 553
- *Stürner, Michael*, Die Kündigung von Dauerschuldverhältnissen aus wichtigem Grund, JURA 2016, 163

Entscheidungen

- BGH, Urteil vom 19.9.2018 – VIII ZR 231/17, JuS 2019, 62 (*Emmerich*), Kombination von fristloser und ordentlicher Kündigung des Mietverhältnisses
- BGH, Beschluss vom 21.8.2018 – VIII ZR 186/17, NZM 2018, 983 (*Kappus*), Eigenbedarfskündigung zur Nutzung als Ferienwohnung
- BGH, Urteil vom 29.3.2017 – VIII ZR 45/16, BGHZ 214, 269 = JuS 2017, 1115 (*Emmerich*), Zur Frage des berechtigten Vermieterinteresses an ordentlicher Kündigung und der Berücksichtigungsfähigkeit des mieterseitigen Widerspruchs
- BGH, Urteil vom 13.7.2016 – VIII ZR 296/15, JuS 2017, 69 (*Emmerich*), „Illoyales“ Zögern des Vermieters mit fristloser Kündigung wegen Zahlungsverzugs
- BGH, Urteil vom 29.6.2016 - VIII ZR 173/15, JuS 2017, 780 (*Schwab*), Kündigung einer Mietwohnung wegen Zahlungsverzögerungen der Sozialbehörde?
- BGH, Urteil vom 27.1.2010 – VIII ZR 159/09, BGHZ 184, 138 = JA 2010, 548 (*Looschelders*), Privilegierung leiblicher Nichten und Neffen bei der Eigenbedarfskündigung

Thema 9

(Betreuer: Herr Thomas Hellmich, E-Mail: hellmich@privatrecht.rwth-aachen.de,
Tel.: 0241/80 99400, Mo., 08:30-19:15 Uhr, Di. 12:30-19:15 Uhr)

Dauerschuldverhältnis II: Gelddarlehen

Der (Geld-)**Darlehensvertrag** verpflichtet den **Darlehensgeber**, dem **Darlehensnehmer** den vereinbarten Geldbetrag zur Verfügung zu stellen, vgl. § 488 Abs. 1 S. 1 BGB. Der Darlehensnehmer ist nach § 488 Abs. 1 S. 2 BGB verpflichtet, bei einem **entgeltlichen** Darlehensvertrag dem Darlehensgeber den geschuldeten Zins zu entrichten und bei Fälligkeit das Darlehen zurückzuzahlen. Sofern das Darlehen **unentgeltlich** gewährt wird, entfällt die Verzinsung. Wird ein solcher Vertrag mit einem Verbraucher geschlossen, sind die **§§ 514 f. BGB** zu beachten. Herauszuarbeiten ist die Abgrenzung zum **Leihvertrag und Mietvertrag** sowie **Vereinbarungs- und Sachdarlehen**, §§ 607 ff. BGB.

Inwieweit die **ordentliche wie außerordentliche Kündigung** des Darlehens durch den Darlehensnehmer oder -geber Auslöser der Fälligkeit ist, ist zu erläutern, vgl. §§ 488 Abs. 3 S. 1, 489, 490 BGB. Die Auswirkungen von **veränderlichen und fixen Zinssätzen** auf die Kündigung von entgeltlichen Darlehen iSv § 489 BGB sind zu erklären.

Das **außerordentliche Kündigungsrecht des Darlehensgebers** bei **Verschlechterung der Vermögensverhältnisse oder Sicherheiten** des Darlehensnehmers nach § 490 Abs. 1 BGB oder bei dessen **Verzug mit Zinsen** bzw. Tilgungsraten nach § 490 Abs. 3 iVm §§ 313, 314 BGB ist zu analysieren. Jenes ist abzugrenzen vom außerordentlichen Kündigungsrecht des Darlehensnehmers nach § 490 Abs. 2 BGB, mit dem eine **Vorfälligkeitsentschädigung** des Darlehensnehmers nach § 490 Abs. 2 S. 3 BGB einhergeht. Zu erläutern ist deren Berechnung. Die Besonderheiten des **Verbraucherdarlehens** sind hinsichtlich der **Begrifflichkeiten**, der **Formvorschriften** und dem **Widerrufsrecht** beispielhaft zu erläutern. Hervorzuheben ist insbesondere der **Widerrufsdurchgriff bei drittfinanzierten Geschäften**, vgl. § 360 BGB.

Literatur und Rechtsprechung:

Lehrbücher

- *Brox, Hans/Walker, Wolf-Dietrich*, Besonderes Schuldrecht, 43. Aufl. 2019, C.H. Beck, § 17 Rn. 6-8, 10-12, 20-21, 26-35, 37, 39, 45a-45c
- *Looschelders, Dirk*, Schuldrecht Besonderer Teil, 14. Aufl. 2019, Vahlen, § 19 Rn. 2, § 20 Rn. 1-23, § 21 Rn. 1-25
- *Medicus, Dieter/Lorenz, Stephan*, Schuldrecht II Besonderer Teil, 18. Aufl. 2018, C.H. Beck, § 28 Rn. 7-9, 16-22, 24-25, 27-47, 50

- *Musielak, Hans-Joachim/Hau, Wolfgang*, Grundkurs BGB, 15. Aufl. 2017 C.H. Beck, Rn. 206-216
- *Oetker, Hartmut/Maultzsch, Felix*, Vertragliche Schuldverhältnisse, 5. Aufl. 2018, Springer, § 3 A Rn. 1, B Rn. 2-46, C Rn. 47-105

Aufsätze

- *Artz, Markus*, Verbraucherschutz bei der „0 %-Finanzierung“, DAR 2016, 503
- *Döll, Alexander*, Widerruf von Verbraucherdarlehen und damit verbundenen Kfz-Kaufverträgen („Widerrufsjoker“), DAR 2018, 61
- *Schultheiß, Tilman*, Grundfälle zum Darlehensrecht, JuS 2017, 628
- *Schürnbrand, Jan*, Verbraucherschutz bei unentgeltlichen Finanzierungen, WM 2016, 1105
- *Winneke, Maik/Reiff, Andreas*, Anspruch auf eine Vorfälligkeitsentschädigung bei bankseitiger Kündigung eines Verbraucherdarlehensvertrages?, VuR 2016, 52

Entscheidungen

- BGH, Urteil vom 16.10.2018 – XI ZR 69/18, NJW 2019, 66, Verwirkung des Widerrufsrechts bei Verbraucherdarlehensverträgen
- BGH, Urteil vom 20.2.2018 – XI ZR 445/17, NJW 2018, 1812 (*Bausch*), Vorfälligkeitsentschädigung bei außerordentlicher Kündigung eines Unternehmerdarlehens
- KG, Urteil vom 12.5.2010 – 24 U 43/09, WM 2010, 1890, Darlehenskündigung bei Verdacht auf Cash-back-Geschäft
- OLG Stuttgart, Urteil vom 2.8. 2018 - 2 U 188/17, WM 2018, 1838, Unwirksamkeit einer in Bausparverträgen verwendeten Allgemeinen Geschäftsbedingung zum Kündigungsrecht der Bausparkasse vor Auszahlung des Bauspardarlehens
- OLG Stuttgart, Urteil vom 28.5.2019 - 6 U 78/18, WM 2019, 1160, Zum Widerruf eines Verbraucherdarlehens zur Finanzierung eines damit verbundenen Autokaufs

Thema 10

(Betreuer: Herr Robert Mielke, E-Mail: r.mielke@privatrecht.rwth-aachen.de,
Tel.: 0241/80 99402, Mo.-Di., 08:30-17:15 Uhr)

Dauerschuldverhältnis III: Arbeitsvertrag – Kündigung des Arbeitnehmers, Beachtung des Kündigungsschutzgesetzes

Der Arbeitsvertrag ist seit dem 28.2.2017 in **§ 611a BGB** geregelt. Er ist ein Unterfall des Dienstvertrages und kann grundsätzlich jederzeit beendet werden. In der Regel geschieht dies durch eine **Kündigung**. In der Bearbeitung ist diese einleitend vom **Aufhebungsvertrag** und anderen Beendigungsmöglichkeiten abzugrenzen.

Im Rahmen der Kündigung soll auf den **Anwendungsbereich und die Bedeutung des Kündigungsschutzgesetzes** eingegangen werden sowie auf die **Modalitäten** der Kündigung: Form, Termine und Fristen. Darüber hinaus soll eine Abgrenzung der **ordentlichen** zur **außerordentlichen Kündigung** erfolgen. Beide Formen der Kündigung verlangen einen **Kündigungsgrund**, wobei dieser bei der ordentlichen Kündigung **personen-, verhaltens- oder betriebsbedingt** sein kann. Diese unterschiedlichen Gründe sind anhand von Entscheidungen aufzuarbeiten und zu erläutern.

Die Besonderheit der Fristwahrung bei der fristlosen Kündigung nach **§ 626 II 1 BGB** ist ebenfalls anhand von Entscheidungen herauszuarbeiten. Auf die besondere Funktion des **Betriebsrates** im Rahmen einer Kündigung ist einzugehen. Im Rahmen von Rechtsmitteln gegen die Kündigung soll darüber hinaus die **Kündigungsschutzklage** erörtert werden, speziell die Gefahr des Annahmeverzugs für den Arbeitgeber, soweit dieser im Rahmen eines Kündigungsschutzprozesses eine Arbeitsleistung des Arbeitnehmers nicht annimmt.

Literatur und Rechtsprechung:

Lehrbücher/Handbücher/Kommentare

- BeckOK Arbeitsrecht/Hesse, 52. Ed. 2019, § 620 BGB Rn. 2 – 46, 72 – 77
- *Dütz, Wilhelm/Thüsing, Gregor* Arbeitsrecht, 23. Aufl. 2018, Rn. 394 – 419
- *Preis, Ulrich*, Arbeitsrecht, 5. Aufl. 2017, Verlag Otto Schmidt, § 1 Rn. 121-123, § 55 Rn. 2511 – 2539, § 58 Rn. 2660 – 2666, § 60 Rn. 2738 - § 64 Rn. 3060, § 65 Rn. 3064 - § 3139, § 68 Rn. 3375 – 3376
- *Hromadka, Wolfgang/Maschmann, Frank*, Arbeitsrecht Band 1, 7. Aufl. 2018, Springer Verlag, § 10 Rn. 36 – 38, 42 – 62, 83 – 220
- *Junker, Abbo*, Grundkurs Arbeitsrecht, 18. Auflage 2019, Rn. 320-410, 425-431, 681-697, 769-778

Aufsätze

- *Aufferbeck, Jan*, Die verhaltensbedingte Kündigung als Einfallstor für BGB AT-Klassiker, JuS 2017, 15
- *Bettinghausen, Mina*, Die haftbedingte Arbeitsverhinderung als personenbedingter Kündigungsgrund, BB 2018, 1524
- *Hjort, Jens Peter*, Mitteilung nur vermuteter Schwangerschaft löst bereits den Sonderkündigungsschutz aus, ArbRAktuell 2018, 642
- *Schulte Westenberg, Michael*, Die außerordentliche Kündigung im Spiegel der Rechtsprechung, NZA-RR 2018, 225
- *Temming, Felipe*, Der arbeitsrechtliche Kündigungsschutz: Zwischen Bestandsschutzkonzeption und Abfindungsrealität, RdA 2019, 102

Entscheidungen

- BAG, Urteil vom 15.12.2016 – 2 AZR 42/16, ArbRAktuell 2017, 277 (*Zimmermann*), Ordentliche verhaltensbedingte Kündigung wegen Stellung eines Strafantrags
- BAG, Urteil vom 19.7.2016 – 2 AZR 468/15, NZA 2016, 1196, Betrieblicher Anwendungsbereich des Kündigungsschutzgesetzes
- BAG, Urteil vom 16.7.2015 – 2 AZR 15/15, ArbRAktuell 2016, 41 (*Steiner*), Kündigung wegen häufiger (Kurz-)Erkrankungen – Betriebsratsanhörung und betriebliche Eingliederungsmaßnahmen
- BAG, Urteil vom 24.5.2017 – 5 AZR 251/16, ArbRAktuell 2017, 575 (*Arnold*), Annahmeverzug des Arbeitgebers nach „Rücknahme“ einer Kündigung
- BAG, Urteil vom 22.4.2010 - 2 AZR 991/08, ArbRAktuell 2010, 504 (*Krieger*), Betriebsbedingte Kündigung – Anhörung des Betriebsrats

Thema 11

(Betreuer: Herr Robert Mielke, E-Mail: r.mielke@privatrecht.rwth-aachen.de,
Tel.: 0241/80 99402, Mo.-Di., 08:30-17:15 Uhr)

Dauerschuldverhältnis IV: Entziehung der Prokura und Kündigung von leitenden Angestellten – Unterschied zum GmbH-Geschäftsführer

Die **Prokura** als handelsrechtliche Vollmacht (§§ 48 ff. HGB) stellt eine besondere Form rechtsgeschäftlicher Vertretungsmacht dar und ergänzt die allgemeinen Stellvertretungsregeln des BGB. Zu unterscheiden ist das **Innen- und Außenverhältnis**. Zunächst soll die besondere Rolle der Prokura gegenüber der Stellvertretung im BGB erarbeitet werden, vor allem ihre **Begründung und Entziehung**, ihr **Umfang** und die (negative) **Publizität des Handelsregisters**.

Im Weiteren soll der Arbeitsvertrag mit **leitenden Angestellten** thematisiert werden. Neben dem **Begriff** des leitenden Angestellten ist auf den **geringeren Kündigungsschutz** im Vergleich zu Arbeitnehmern sowie auf den **Sprecherausschuss** einzugehen.

Hieran anschließend sollen die Unterschiede zwischen einem leitenden Angestellten und einem GmbH-Geschäftsführer erarbeitet werden, insbesondere die **Parallelen und Unterschiede** der organschaftlichen Vertretungsmacht **zur Prokura**, dem **Kündigungsschutz** sowie dem **Bemühen um Synchronisierung** von Anstellungsvertrag und Vertretungsbefugnis.

Literatur und Rechtsprechung:

Lehrbücher/Handbücher/Kommentare

- Ascheid/Preis/Schmidt/Biebl, Kündigungsrecht, 5. Aufl. 2017, C.H. Beck, KSchG, § 14 Rn. 15-32
- Brox, Hans/Henssler, Martin, Handelsrecht, 22. Aufl. 2016, C.H. Beck, Rn. 194a-211
- Jula, Rocco, Der GmbH-Geschäftsführer, 4. Aufl. 2012, C.H. Beck, S. 1-69, 164-174
- Jung, Peter, Handelsrecht, 11. Aufl. 2016, C.H. Beck, § 25 Rn. 1-18
- Preis, Ulrich, Arbeitsrecht, Individualarbeitsrecht, 5. Aufl. 2017, Otto Schmidt Verlag, § 9 Rn. 243-250, § 60 Rn. 2738-2767
- Preis, Ulrich, Arbeitsrecht, Kollektivarbeitsrecht, 4. Aufl. 2017, Otto Schmidt Verlag, § 155 Rn. 2673-2685, § 157 Rn. 2704-2709

Aufsätze

- *Baumert, Andreas*, Kündigung eines GmbH-Geschäftsführers – Rechtsweg und Kündigungsschutz, NZG 2018, 536
- *Beck, Lukas*, Die Funktionsweise der Prokura als handelsrechtliche Vollmacht, JURA 2016, 969
- *Boemke, Burkhard*, Aktuelles zum GmbH-Geschäftsführer aus arbeitsrechtlicher Sicht, RdA 2018, 1
- *Möller, Berenice*, Führungskräfte: Abgrenzung, kündigungsrechtliche Sonderstellung und Haftung?, NZA 2017, 1567
- *Stagat, Rolf*, Der Rechtsweg des GmbH-Geschäftsführers zum Arbeitsgericht – Änderung der Rechtsprechung und Folgen für die Praxis, NZA 2015, 193

Entscheidungen

- BAG, Urteil vom 21.9.2017 – 2 AZR 865/16, NZG 2018, 550 (*Baumert*), Kündigung eines GmbH-Geschäftsführers – Organstellung und Rechtsmissbrauch
- BAG, Urteil vom 24.10.2013 – 2 AZR 1078/12, ArbRAktuell 2014, 255 (*Arnold*), Aufhebung des Arbeitsverhältnisses durch Geschäftsführer-Dienstvertrag
- BAG, Urteil vom 19.4.2012 – 2 AZR 186/11, ArbRAktuell 2013, 55 (*Stück*), Abmahnungserfordernis bei privater Internetnutzung eines leitenden Angestellten
- BGH, Beschluss vom 4.5.2009 - II ZR 166/07, NJW-RR 2010, 46, Abstimmung der GmbH-Gesellschafterversammlung über Abberufung des Gesellschafter-Geschäftsführers und den Widerruf einer Prokura
- ArbG München, Urteil vom 26.8.2004 - 28 Ca 12794/03, NZA-RR 2005, 194, Unwirksamkeit der Kündigung eines frei gestellten leitenden Angestellten bei Anhörung des Sprecherausschusses statt des Betriebsrats

Thema 12

(Betreuer: Herr Thomas Hellmich, E-Mail: hellmich@privatrecht.rwth-aachen.de,
Tel.: 0241/80 99400, Mo., 08:30-19:15 Uhr, Di. 12:30-19:15 Uhr)

Dauerschuldverhältnis V: Ehevertrag – Auswirkungen der Scheidung auf den Zugewinnausgleich

Ohne Abschluss eines Ehevertrags wird die Ehe iSv § 1310 BGB im **gesetzlichen Güterstand der Zugewinnngemeinschaft** geschlossen, vgl. § 1363 BGB. Die Grundstruktur des **Zugewinnausgleichs nach §§ 1371 ff. BGB** soll insbesondere für den Fall der Scheidung erörtert werden.

Der **Zweck der Ausgleichspflicht** von Zugewinnen ist zu erklären. Zudem ist auf die Berechnung der **Zugewinne** des Ehepartner mittels des **Anfangs- und Endvermögens** und deren Besonderheiten bei der Einbeziehung von Vermögenspositionen zum **Anfangs- und Endstichtag** einzugehen, vgl. §§ 1374 f. BGB. Zu erläutern sind auszuklammernde Posten und anzurechnende Zuwendungen auf die Ausgleichsforderung, § 1380 BGB. Der einem Ehegatten zustehende **Auskunftsanspruch** hinsichtlich des Anfangs- und Endvermögens des jeweils anderen ist zu erläutern. Besonderheiten beim Auskunftsanspruch bzgl. des Anfangsvermögens nach § 1374 II BGB sind zu beachten.

Der im **Versorgungsausgleichsgesetz** geregelte **Versorgungsausgleich** ist eine Erweiterung des Grundsatzes der Zugewinnngemeinschaft. Bei einer Scheidung bezweckt er einen finanziellen Ausgleich zulasten der Versorgung des anderen Ehegatten für denjenigen, der während der Ehe die geringeren Anwartschaften für die Alterssicherung erworben hat. Erläutert werden soll, welche **Ansprüche und Anrechte auf Versorgung** wegen Alters und verminderter Erwerbsfähigkeit, Berufsunfähigkeit und Dienstunfähigkeit erfasst werden. Ebenso ist das **Verhältnis zum Ehegüterrecht** herauszuarbeiten.

Literatur und Rechtsprechung:

Lehrbücher/Handbücher/Kommentare

- BeckOK BGB/*Cziupka*, 50. Ed. 2019, §§ 1372 Rn. 1-8, 10-17, § 1373, § 1374 Rn. 1-17, 36-41, § 1375, § 1376 Rn. 1-9, § 1377, § 1378 Rn. 1-25, § 1379 Rn. 1-34, § 1380 Rn. 1-17
- *Dethloff, Nina*, Familienrecht, 32. Aufl. 2018, C.H. Beck, § 5 Rn. 3-16, 50-55, 99-16, 108-121, 147-160, 181-189
- *Muscheler, Karheinz*, Familienrecht, 4. Aufl. 2017, Vahlen, Rn. 231-242, 281-286, 298-303, 333-351, 354-379, 380-388

- *Schwab, Dieter*, Familienrecht, 26. Aufl. 2018, C.H. Beck, Rn. 28-38, 60-72, 216-235, 272-321, 352-355, 407-410, 501-525
- *Wellenhofer, Marina*, Familienrecht, 4. Aufl. 2017, C.H. Beck, § 18 Rn. 10-11, § 16 Rn. 1-15, 18-26, § 22 Rn. 1, 4-13

Aufsätze

- *Giers, Michael*, Die Auskunft zum Zugewinnausgleich, NZFam 2015, 843
- *Keller, Christoph/Schrenck, Albert von*, Die Reform des Zugewinnausgleichs, JA 2010, 287
- *Kemper, Rainer*, Die Einflussnahme auf den Versorgungsausgleich, NJW 2017, 1781
- *Löhnig, Martin*, Auskunftsansprüche im Familienrecht im Spiegel der aktuellen höchstrichterlichen Rechtsprechung, JA 2015, 641
- *Röthel, Anne*, Auskunftsansprüche im Zugewinnausgleich, JURA 2018, 841

Entscheidungen

- BGH, Beschluss vom 13.12.2017 – XII ZB 488/16, JA 2018, 708, Auskunftspflicht im Zugewinnausgleichsverfahren
- BGH, Urteil vom 8.11.2017 – XII ZR 108/16, NJW 2018, 61, Bewertung eines Unternehmens im Zugewinnausgleich
- BGH, Beschluss vom 20.5.2015 - XII ZB 314/14, NZFam 2015, 827 (*Löhnig/Plettenberg*) Zugewinnausgleich bei illoyaler Vermögensminderung
- BGH, Beschluss vom 16.10.2013 – XII ZB 277/12, NJW 2013, 3645, Berücksichtigung des Lottogewinns eines Ehegatten bei Berechnung des Zugewinnausgleichs
- BGH, Urteil vom 4.7.2012 – XII ZR 80/10, NJW 2012, 2657, Stichtag für die Begrenzung der Zugewinnausgleichsforderung bei Vermögensverlust des Pflichtigen

Thema 13

(Betreuerin: Frau Andrea Wilts, E-Mail: wilts@privatrecht.rwth-aachen.de,
Tel.: 0241/80 96362, Mo.-Di., 08:30-20:00 Uhr, Mi. 15:00-17:30 Uhr)

Dauerschuldverhältnis VI: Kündigung des Absatzmittlers durch den Unternehmer – Teil 1 Handelsvertreter

Die **Regelungen** zum Handelsvertreterrecht (§§ 84 – 92c HGB) sind **einseitig zwingend** zugunsten des Handelsvertreters und wurden 1989 an die Richtlinie 86/653/EWG zur Angleichung des Rechts der Handelsvertreter angepasst. Gem. **§ 84 Abs. 1 HGB** ist der Handelsvertreter als selbständiger Gewerbetreibender ständig damit betraut, für einen anderen Unternehmer Geschäfte zu vermitteln oder in dessen Namen abzuschließen. Diese Begriffsbestimmung zeigt, dass der Handelsvertreter im Namen eines anderen Unternehmers tätig wird. Hierfür erhält er eine Provision.

Das Handelsvertreterverhältnis endet dabei entweder durch **Zeitablauf** (befristeter Vertrag), durch eine **ordentliche fristgebundene** (§ 89 HGB) oder eine **außerordentliche Kündigung** aus wichtigem Grund (§ 89 a HGB). Die **Kündigungsfristen** für die ordentliche Kündigung sind gestaffelt nach der Dauer des Vertragsverhältnisses (§ 89 Abs. 1 HGB). Die Parteien können – unter Beachtung des Abs. 2 – **abweichend** hiervon **andere Fristen** vereinbaren.

Zieht der Unternehmer auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses wesentliche Vorteile aus der Tätigkeit des Handelsvertreters, so kann der Handelsvertreter nach § 89b HGB einen **Ausgleichsanspruch** geltend machen. Bei schuldhafter Veranlassung zur außerordentlichen Kündigung steht dem Kündigenden ein **Ersatzanspruch** nach § 89a HGB zu.

Literatur und Rechtsprechung:

Lehrbücher/Handbücher/Kommentare

- *Brox, Hans/Henssler, Martin*, Handelsrecht, 22. Aufl. 2016, C.H. Beck, § 13, Rn. 259-264 (Beendigungsgründe und Ausgleichsanspruch)
- *Flohr, Eckhard*, in: *Flohr, Eckhard/Wauschkuhn, Ulf*, Vertriebsrecht, 2. Aufl. 2018, C.H. Beck, § 89a HGB Rn. 63-70 (Folgen einer fristlosen Kündigung)
- *Hopt, Klaus*, in: *Baumbach, Adolf/Hopt, Klaus*, Kommentar HGB, C.H. Beck, 38. Aufl. 2018, C.H. Beck, § 89b Rn. 6-44 (Voraussetzungen des Ausgleichsanspruch nach § 89b I Nr. 1-2 HGB)

- *Hopt, Klaus*, Handelsvertreterrecht, 6. Aufl. 2019, C.H. Beck, § 89 HGB Rn. 27-30 (von gesetzl. Fristen abweichende Vereinbarungen)
- *Jung, Peter*, Handelsrecht, 11. Aufl. 2016, C.H.Beck, Kapitel 6, Rn. 6-8 (Begriff des Handelsvertreters)

Aufsätze

- *Budde, Robert*, Anforderungen an die außerordentliche Kündigung von Handelsvertreter- und Vertragshändlerverträgen wegen zu geringer Umsätze, ZVertriebsR 2014, 71
- *Emde, Raimond*, Die Konkurrenz zwischen Ausgleichs- und Kündigungsschadensersatzansprüchen des Handelsvertreters, EuZW 2016, 218
- *Emde, Raimond/Valdini, Daniel*, Die Handelsvertreter-Richtlinie, ZVertriebsR 2016, 353 (Teil 1) und ZVertriebsR 2017, 3 (Teil 2)
- *Christoph, Michael*, Muss der Handelsvertreterausgleich neu berechnet werden?, NJW 2010, 647
- *Muhl, Felix*, Die außerordentliche Kündbarkeit von Handelsvertreter- und Vertragshändlerverträgen im Falle der Insolvenz des Vertriebspartners, GWR 2014, 496

Entscheidungen

- EuGH, Urteil vom 28.10.2010 - C-203/09, EuZW 2011, 24 = LMK 2010, 311441 (*Christoph*), Kein Verlust des Ausgleichsanspruchs trotz schuldhaften Verhaltens des Handelsvertreters
- BGH, Urteil vom 15.11.2012 – IX ZR 169/11, ZVertriebsR 2014, 236 (*Ströbl/Woltmann*) = NJW 2013, 1159 (*Römermann*) = NZI 2013, 178 (*Eckhoff*) = EnWZ 2013, 182 (*Feißel/von Hoff*) = r+s 2013, 267 (*Schneider/Köhler*) = EWiR 2013, 153 (*Marotzke*) = GWR 2013, 72 (*Zarth*), Wirksamkeit der außerordentlichen Kündigung des Prinzipals bei Insolvenz des Absatzmittlers
- BGH, Urteil vom 29.06.2011 - VIII ZR 212/08, NJW 2011, 3361 = ZVertriebsR 2012, 50 (*Flohr*) = EWiR 2011, 781 (*Döpfer*) = GWR 2011, 382 (*Noreisch*), Außerordentliche Kündigung wegen fortgesetzten Wettbewerbsverstoßes
- OLG München, Beschluss vom 08.02.2018 – 23 U 1932/17, ZVertriebsR 2018, 103, Außerordentliche Kündigung des Handelsvertretervertrags wegen unbefugtem Speichern von Daten und Betriebsgeheimnissen
- LG Frankfurt, Urteil vom 25.05.2018 – 2-05 O 222/16, ZVertriebsR 2018, 252, Ansprüche des Handelsvertreters im Zusammenhang mit einer unberechtigten Kündigung

Thema 14

(Betreuerin: Frau Andrea Wilts, E-Mail: wilts@privatrecht.rwth-aachen.de,
Tel.: 0241/80 96362, Mo.-Di., 08:30-20:00 Uhr, Mi. 15:00-17:30 Uhr)

Dauerschuldverhältnis VII: Kündigung des Absatzmittlers durch den Unternehmer – Teil 2: Vertragshändler und Franchisenehmer

Der Vertragshändler- und der Franchisenehmervertrag sind gesetzlich nicht geregelt. Sie handeln – anders als der Handelsvertreter – **im eigenen Namen und auf eigene Rechnung**. Vielfach werden jedoch die **§§ 84 ff. HGB entsprechend angewandt**. Nicht analog anwendbar sind allerdings die Regelungen, die an die Provision des Handelsvertreters und deren Abrechnung anknüpfen sowie die Regelungen der zu ihrer Durchsetzung dienenden Informationsrechte.

Insbesondere Vertragshändler (bspw. Autohändler) investieren häufig hohe Summen, um den Vorgaben des Herstellers zu entsprechen. Wird dann aber nach kurzer Zeit das Vertragsverhältnis vom Hersteller gekündigt, haben sich diese Kosten oftmals noch nicht amortisiert. Hier zeigt sich die Problematik der analogen Anwendung der **relativ kurzen Kündigungsfristen des § 89 HGB**. Dem Vertragshändler wird in solchen Fällen unter bestimmten Voraussetzungen ein **Investitionersatzanspruch** zugebilligt.

Daneben ist der Hersteller zum **Rückkauf von Waren** (ggf. mit geringfügigem Abzug) verpflichtet, die der Vertragshändler auf sein Geheiß vorrätig halten muss. Weitgehend umstritten sind daneben die Voraussetzungen der **analogen Anwendung des Ausgleichsanspruchs nach § 89b HGB** auf den Franchisenehmer. Während die Rechtsprechung für den Vertragshändler die Voraussetzungen klar definiert hat (enge Einbindung in Absatzorganisation und Verpflichtung zur Übermittlung von Kundendaten), sind die Voraussetzungen des Anspruchs für den Franchisenehmer von der Rechtsprechung noch nicht abschließend geklärt (vgl. **Kamps-Entscheidung**).

Jedenfalls sind die Modifikationen hinsichtlich der Berechnung zu beachten, da weder der Vertragshändler noch der Franchisenehmer eine Provision erhalten. In diesem Zusammenhang sollte auch auf die **Toyota-Entscheidung** zur Vermeidung des Ausgleichsanspruchs eingegangen werden.

Literatur und Rechtsprechung:

Lehrbücher/Handbücher/Kommentare

- *Giesler, Patrick*, in: *Dauner-Lieb, Barbara/Langen, Werner*, NomosKommentar BGB, Band 2, 3. Aufl. 2016, Nomos Verlag, BGB Anhang III zu §§ 535–580 a: Franchiserecht, Rn. 73-77

- *Köhnen, Sven*, in: *Giesler, Patrick*, Praxis des Vertriebsrechts, 3. Aufl. 2018, ZAP-Verlag, § 3 S. 607 ff. (Beendigung und Abwicklung eines Vertragshändlervertrages) und § 4 S. 941 ff. (Beendigung und Abwicklung von Franchiseverträgen)
- *Jung, Peter*, Handelsrecht, 11. Aufl. 2016, C.H. Beck, Kapitel 6 Rn. 15-17 (Begriff des Vertragshändlers und des Franchisenehmers)
- *Martinek, Michael*, in: *Martinek, Michael/Semler, Franz-Jörg/Flohr, Eckhard*, Handbuch des Vertriebsrechts, C.H. Beck, § 3 Rn. 6-10 (zum Vertragshändler) u. Rn. 15-27 (zum Franchisenehmer)
- *Steinbeck, Anja*, Handelsrecht, 4. Aufl. 2017, Nomos Verlag, § 24 Rn. 1-7 (analoge Anwendbarkeit der Regelungen auf den Vertragshändler)

Aufsätze

- *Emde, Raimond*, Weichenstellungen beim Entscheid über den Abschluss von Vertriebsverträgen, NJOZ 2018, 441
- *Kroll, Wolfgang*, Ist der Franchisenehmer in eine fremde Absatzorganisation eingegliedert? – Zu den Voraussetzungen des Ausgleichsanspruchs gemäß § 89b HGB analog, ZVertriebsR 2014, 290
- *Teichmann, Johannes*, Typische Probleme bei der Beendigung von Vertragshändlerverträgen, ZVertriebsR 2013, 139
- *Wauschkuhn, Ulf*, Der Anspruch des Vertragshändlers auf Rücknahme und Rückkauf seines Warenlagers bei Vertragsbeendigung, ZVertriebsR 2019, 148
- *Wauschkuhn, Ulf*, Der Ausgleichsanspruch des Vertragshändlers, ZVertriebsR 2016, 79

Entscheidungen

- BGH, Urteil vom 05.02.2015 – VII ZR 109/13, NJW 2015, 945 (*Lindhorst*) = ZVertriebsR 2015, 102 (*Rafsendjani*) = BB 2015, 587 (*Zipse*) = EWiR 2015, 513 (*Giesler*) = GWR 2015, 98 (*Imhof*), Kamps-Entscheidung, kein Ausgleichsanspruch nach Beendigung eines Franchisevertrags
- BGH, Urteil vom 09.12.2009 – VIII ZR 91/08, NJW-RR 2010, 353 = BB 2010, 275 (*Salomon*) = GWR 2010, 32 (*Zanier-Link*), Ersatzteilrückkaufpflicht des Herstellers auch bei Neuvertrag mit Kfz-Vertragshändler
- BGH, Urteil vom 17.04.1996 – VIII ZR 5/95, NJW 1996, 2159 = WiB 1996, 745 (*Utecht*), Ausgleichsanspruch des Vertragshändlers bei Kundenpflege durch eine Drittfirma (Toyota)
- LG Nürnberg-Fürth, Beschluss vom 27.11.2018 – 2 HK O 10103/12, ZVertriebsR 2019, 50 (*Emde*) = BB 2019, 1555 (*Ayad*), Ausgleichsanspruch eines Vertragshändlers auch ohne Pflicht zur Übertragung des Kundenstammes
- LG Darmstadt, Urteil vom 06.03.2018 – 12 O 247/15, BeckRS 2019, 15476, Stufenklage: Anspruch auf Auskunft über erzielte Gewinne mit Stammkunden und Ausgleichsanspruch

Thema 15:

(Betreuer: Herrn Arsalan Khan, E-Mail: khan@privatrecht.rwth-aachen.de,
Tel.: 0241/80 94769, Di., 08:30-19:15 Uhr)

Abwicklung schwebender gegenseitiger Verträge in der Insolvenz

Das Insolvenzrecht stellt ein eigenes Rechtsgebiet dar, das Berührungspunkte mit zahlreichen anderen Rechtsgebieten aufweist. Das Insolvenzverfahren (formelle Insolvenz) wird bei Vorliegen der materiellen Insolvenz (Zahlungsunfähigkeit, Überschuldung) eröffnet. Der Bearbeiter soll die **Grundzüge des Insolvenzverfahrens** darstellen und dabei insbesondere auf das **Ziel des Insolvenzverfahrens** (§ 1 InsO), die **Aus- und Absonderungsrechte, Insolvenz- und Masseforderungen** sowie die **Rolle des Insolvenzverwalters** eingehen.

Letzterem kommt bei der Abwicklung gegenseitiger schwebender Rechtsgeschäfte, die nach der Grundregel des § 103 InsO erfolgt, eine besondere Bedeutung zu. Neben einer **Abgrenzung eines gegenseitigen Vertrags** iSv § 320 BGB von einem **einseitig verpflichtenden Vertrag (Schenkungsvertrag)** soll dieser von einem **unvollkommen zweiseitigen Vertrag (Auftrag)** unterschieden werden. Ferner ist zwischen einem **schwebenden Rechtsgeschäft** und einer **Vorleistung zu differenzieren**.

Gemäß § 103 InsO hat der Insolvenzverwalter bei gegenseitigen Verträgen, die beiderseitig vor Verfahrenseröffnung noch nicht vollständig erfüllt sind, ein Wahlrecht in Bezug auf die ausstehende Leistung. Er kann sich für die Erfüllung der Leistung entscheiden oder diese ablehnen. Am Beispiel des **Kaufvertrags** (§ 433 BGB) und des **Mietvertrags über bewegliche Sachen** (§ 535 BGB) soll das **Wahlrecht des Insolvenzverwalters gemäß § 103 InsO** erläutert werden. Ferner ist ein besonderes Augenmerk auf die **Ausnahmen von § 103 InsO** zu legen.

Bei einem Kauf unter Eigentumsvorbehalt besteht in der Insolvenz ein besonderer Schutz (§ 107 InsO). In diesem Zusammenhang ist zwischen der **Insolvenz des Verkäufers und des Käufers** zu differenzieren. Auch für Dauerschuldverhältnisse wie den **Darlehensvertrag** (§ 488 BGB), den **Mietvertrag über bewegliche Sachen** (§ 535 BGB) und den **Arbeitsvertrag** (§ 611a BGB) gelten Ausnahmen nach § 108 InsO.

Literatur und Rechtsprechung:

Lehrbücher/Handbücher

- *Adolphsen, Jens* in: Gottwald, Peter, Insolvenzrechts-Handbuch, 5. Aufl. 2015, C.H. Beck, § 40 (komplett), § 35 (komplett)

- *Bork, Reinhard*, Einführung in das Insolvenzrecht, 9. Aufl. 2019, Mohr Siebeck Verlag, § 4 Rn. 28-31, § 7 Rn. 60-79, § 16 (komplett), § 21 Rn. 282-287, § 22 Rn. 294-297
- *Foerste, Ulrich*, Insolvenzrecht, 7. Aufl. 2018, C.H. Beck, § 2 Rn. 16-21, § 18 Rn. 206-238, 239-242, 245-246, 250-263b
- *Reischl, Klaus*, Insolvenzrecht, 4. Aufl. 2016, C.F. Müller, § 1 Rn. 29-34, § 8 (komplett)
- *Ringstmeier, Andreas* in: Beck, Siegfried/Depré, Peter, Praxis der Insolvenz, 3. Aufl. 2017, Vahlen Verlag, § 14 (komplett), § 21 (komplett)

Aufsätze

- *Ganter, Gerhard*, Dauerschuldverhältnisse in der Insolvenz – Fortführung, Beendigung, Freigabe, ZIP 2019, 97
- *Gehrlein, Markus*, Verträge in der Insolvenz, ZInsO 2019, 697
- *Gehrlein, Markus*, Die Rechtsprechung des BGH zu gegenseitigen Verträgen in der Insolvenz, NZI 2015, 97
- *Hinz, Werner*, Mietverhältnisse in der Insolvenz, NZM 2014, 137
- *Paulus, Christoph*, § 1 InsO und sein Insolvenzmodell, NZI 2015, 1001

Entscheidungen

- BGH, Urteil vom 16.5.2019 – IX ZR 44/18, BB 2019, 1614 (*Wilhelm*), Erfüllungsverlangen eines gegenseitigen Vertrags durch einen Insolvenzverwalter
- BGH, Urteil vom 14.9.2017 – IX ZR 261/15, NJW 2017, 3369, Kündbarkeit eines nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens geschlossenen Vertrags
- BAG, Urteil vom 23.2.2017 – 6 AZR 665/15, NZI 2017, 577 (*Kraft/Lambrecht*), Insolvenzkündigung vor Dienstantritt
- OLG München, Urteil vom 18.11.2014 – 5 U 1454/14, NJOZ 2015, 1443, Eigentumsvorbehalt in der Insolvenz des Käufers zur Aussonderung des Vorbehaltseigentums
- OLG Düsseldorf, Urteil vom 16.1.2013 – I-3 U 1/12, NZI 2013, 303, Für erfolgreiches Erfüllungsverlangen nach § 107 I 1 InsO erforderlicher „Besitz“

Prof. Dr. Christian Huber

Lehrstuhl für Bürgerliches Recht
Wirtschaftsrecht und Arbeitsrecht



Ansprechpartner für Rückfragen

Modulinhalte

Paul Schultess
Templergraben 55, Raum 215.1
schultess@privatrecht.rwth-aachen.de

Veranstaltungsanmeldung:

Daniel Dirkes, M.Sc.
Templergraben 64, Raum 425
zuteilung@wiwi.rwth-aachen.de

Prüfungsanmeldung

Dr. Sandra Silvertant
Prüfungsbeauftragte
Templergraben 64, Raum 425
pruefungen@wiwi.rwth-aachen.de